

Menschenrechtsarbeit

Stuttgarter Migrantinnen und Migranten als Akteure und Partner

Bericht zur Fachtagung
im Stuttgarter Rathaus
vom 9. bis 10. Dezember 2011

Stuttgarter Partnerschaft
Eine Welt



Mit finanzieller Unterstützung des BMZ



Grußwort	1
Vortrag	6
Podiumsgespräch – Einführung und Rückblick	10
Podiumsgespräch	11
Fachgespräche und Workshops	14
Stiftungen und Förderprogramme	17
Workshops / Resümee / Ausblick	18
Plenum	20
Meilensteine der „Stuttgarter Partnerschaft Eine Welt“	21
Das Forum der Kulturen Stuttgart e. V.	24

Kontakt

Landeshauptstadt Stuttgart
Abteilung für Integrationspolitik
 Dr. Levent Günes
 Telefon (0711) 216-16 05
 E-Mail: levent.guenes@stuttgart.de

Abteilung für Außenbeziehungen

Alexander Kreher
 Telefon (0711) 216-27 64
 E-Mail: international@stuttgart.de

Forum der Kulturen Stuttgart e. V.

Paulino Miguel und Rolf Graser
 Telefon (0711) 2 48 48 08-0
 E-Mail: info@forum-der-kulturen.de

Diese siebte thematische Veranstaltung der „Stuttgarter Partnerschaft Eine Welt“ wurde organisiert vom Forum der Kulturen Stuttgart e. V. in Zusammenarbeit mit der Landeshauptstadt Stuttgart.

Sie ist die Fortsetzung der bundesweit beachteten Fachtagung „Migration, Diaspora und Entwicklungszusammenarbeit“, die im April 2009 als vierte thematische Veranstaltung der „Stuttgarter Partnerschaft Eine Welt“ ebenfalls im Stuttgarter Rathaus stattfand.

Ermöglicht wurde die Veranstaltung durch Beiträge des Evangelischen Entwicklungsdienstes e. V. EED, Brot für die Welt und des Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ).

Herausgeberin
 Landeshauptstadt Stuttgart, Abteilungen für Integrationspolitik und Außenbeziehungen
 in Verbindung mit der Abteilung Kommunikation
 Dokumentationsteam: Ute Schulz, Elene Böcher
 Text: Ute Schulz

Redaktion: Rolf Graser, Paulino Miguel
 Fotos: Christian Hass
 Satz und Gestaltung: Uli Schellenberger,
 Uwe Schumann, Nadja Möck

Der Herausgeber ist für den Inhalt allein verantwortlich.



Die Fachtagung vom 9. bis 10. Dezember 2011 bot Gelegenheit zum Kennenlernen, zum offenen Erfahrungsaustausch und zu neuen Kooperationen.

Werner Wölfle

Bürgermeister für allgemeine Verwaltung und Krankenhäuser



In seiner Begrüßungsrede machte Bürgermeister Wölfle deutlich, dass das Thema Menschenrechte, bei der Anzahl von Organisationen, die sich damit beschäftigen, ein zentrales sei und dass es auf diesem Gebiet noch viel zu tun gebe.

Mit der Tagung solle gezeigt werden, welchen Beitrag Migrantenorganisationen dazu leisten und inwiefern sie mit etablierten Menschenrechtsorganisationen kooperieren können.

Anders als landläufig angenommen, seien nämlich viele Migranten zivilgesellschaftlich aktiv, etwa im Bereich der Integration und in der Entwicklungszusammenarbeit. Der Landeshauptstadt Stuttgart gehe es um die gemeinsame Gestaltung einer gerechten Bürgergesellschaft, die allen faire Chancen und Teilhabe ermögliche. Vielfalt und die Potenziale von Einwandernden gelte es in jeder Hinsicht - innen wie außen - zu nutzen.

Verantwortung für Menschenrechte liege auch bei den Kommunen. Als „Baustellen“ nannte Werner Wölfle hierzu die menschenwürdige Behandlung geduldeter Flüchtlinge, deren Schutz vor Abschiebung in Herkunftsländer, in denen ihnen Unterdrückung und Lebensgefahr droht, die Grundversorgung von Menschen ohne Papiere, das Recht auf inklusive Bildung für Kinder, Schutz vor Diskriminierung und Rassismus, Zugang zur öffentlichen Regelversorgung sowie vor Gewalt.

Auch wenn Stuttgart kein Menschenrechtsbüro und keine Antidiskriminierungsstelle habe, sei der Schutz der Menschenrechte integraler Bestandteil hiesiger Lokalpolitik. So stellen viele durchgeführte Programme der Stadt Maßnahmen gegen strukturelle Diskriminierung dar. Gleichwohl es in Stuttgart gleichstellungspolitische Maßnahmen wie Bonuscard und Familiencard für

Flüchtlinge oder die gezielte Förderung von benachteiligten Wohngebieten gebe, sei noch viel zu tun, um Chancengleichheit für alle zu erzielen.

Menschenrechtsbildung und Demokratieerziehung sollten nicht nur Bestandteil schulischer Bildung sein, sondern auch in Vereinen bearbeitet werden. In diese, idealerweise regelmäßig geförderte Arbeit seien Migrantinnen und Migranten grundsätzlich miteinzubeziehen, betonte Bürgermeister Wölfle abschließend.

Gisela Erler

Staatsrätin für Zivilgesellschaft und Bürgerbeteiligung, Staatsministerium Baden-Württemberg



Gisela Erler wies in ihrer Begrüßung zunächst darauf hin, dass Migration und Menschenrechtsarbeit für die Landesregierung ein wichtiges Thema darstellen, insbesondere in der Verzahnung mit Entwicklungszusammenarbeit. Das Engagement von Migranten sei nicht nur grundlegend für die Entwicklungszusammenarbeit, es sei aufgrund der dahinter stehenden Motivation und aufgrund vorhandener Expertise effizient und somit unverzichtbar, erklärte die Staatsrätin.

Die grün-rote Landesregierung habe die Entwicklungszusammenarbeit aufgewertet. Zu diesem Themenfeld, das neuerdings ressortübergreifend im Staatsministerium angesiedelt und für das Minister Peter Friedrich zuständig ist, sollen im Dialog mit der Zivilgesellschaft neue Leitlinien entwickelt werden. Alle Interessierten sollen gehört werden und sind eingeladen, sich aktiv an den geplanten regionalen Bürgerkonferenzen und über-regionalen Themengesprächen zu beteiligen.

Kongressteilnehmer bei der Eröffnungsrede



In der Entwicklungszusammenarbeit könne auf die Mitarbeit von Migranten nicht verzichtet werden, weil diese erforderliche Kenntnisse meist nicht erst erlernen müssen, weil sie zu Menschen und Graswurzelorganisationen vor Ort in der Regel bereits Beziehungen unterhalten und vor allem, weil sie deren Vertrauen genießen. Entwicklungspolitisches Engagement von Migranten fördere wirtschaftliche Stabilität und soziale Kohäsion. Es diene gleichermaßen dem Lösen von Problemen in anderen Ländern wie auch dem Abbau von Vorurteilen sowie der Bildung und der vielfältigen Gestaltung der hiesigen Gesellschaft.

Ziel der Landesregierung sei deshalb die politische Mitbestimmung der Zivilgesellschaft bei der Veränderung von Strukturen, schloss die Staatsrätin. Es seien eine gemeinsame Basis und ein gemeinsamer Rahmen mit Migranten auszuloten, um die Potenziale von Migration und Menschenrechtsarbeit optimal zu nutzen.

Stephan Bethe

Referatsleiter Migration, Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ)



Sehr geehrte Damen und Herren,

zunächst einmal möchte ich mich sehr herzlich für die Einladung nach Stuttgart bedanken, auch im Namen der Leitung des Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung.

Diese Fachtagung beweist einmal mehr, wie intensiv und vorbildlich Sie sich in Stuttgart mit dem Thema Migration und seinen verschiedenen Facetten beschäftigen. Und dafür möchte ich allen, die hieran beteiligt sind, ganz ausdrücklich danken.

Darüber hinaus bin ich Ihnen aber auch sehr dankbar, weil Sie mit dieser Fachtagung Menschenrechtsfragen in den Mittelpunkt rücken. Das Thema Menschenrechte spielt für die Entwicklungspolitik eine zunehmend bedeutendere Rolle. Und umso wichtiger ist es für uns, aus Erfahrungen, aus Ihren Erfahrungen zu lernen. Und ich bin mir sicher, dass wir im Bereich des Themas Migration und Entwicklung Menschenrechtsaspekte noch viel systematischer einbeziehen können. Auch hier freue ich mich auf Anregungen.

In der Entwicklungspolitik betonen wir heute die positiven Effekte von Mobilität und Migration für Entwicklungsprozesse. Viele Migrantinnen und Migranten leisten Hervorragendes für ihre Herkunftsländer. Allein die offiziell erfassten Geldtransfers von Migranten in Entwicklungsländer haben zuletzt weltweit rund 325 Milliarden US-Dollar betragen. Und für dieses Jahr schätzt die Weltbank bereits 351 Milliarden US-Dollar, Tendenz weiter steigend. Das ist zweieinhalbmal so viel Geld wie weltweit pro Jahr für die staatliche Entwicklungszusammenarbeit aufgebracht wird. Mit diesem Geld wird der Schulbesuch von Kindern ermöglicht. Mit diesem Geld werden Arztrechnungen bezahlt. Und dieses Geld wird

für den Lebensunterhalt verwendet. Kurz: mit diesen Mitteln wird die Verwirklichung von sozialen Menschenrechten ermöglicht, wie sie zum Beispiel der Internationale Pakt über wirtschaftliche, soziale und kulturelle Rechte vorsieht. Dazu gehören unter anderem das Recht auf Arbeit, gerechte und würdige Arbeitsbedingungen sowie auf Bildung, Gesundheit und einen angemessenen Lebensstandard. Das Recht auf die Gleichberechtigung von Männern und Frauen möchte ich besonders hervorheben. Denn dieses Menschenrecht betrifft alle Sektoren und natürlich auch die Migrations-thematik.

Gleichzeitig engagieren sich viele Migrantinnenorganisationen mit entwicklungspolitischen Projekten in ihren Herkunftsländern. Und wir unterstützen das, wo dies möglich ist.

Wir haben in der Entwicklungspolitik allen Anlass, uns immer wieder klar zu machen, welche große positive Rolle Migranten für Entwicklung haben können. Und deshalb sehen wir bei Mobilität und Migration nicht in erster Linie auf die Gefahren, sondern auf die Chancen. Gleichzeitig wissen wir, dass Braindrain für einige Entwicklungsländer ein erhebliches Problem ist. Insbesondere gilt dies im Gesundheitsbereich, wo Gesundheitsfachkräfte oft dringend im Herkunftsland gebraucht werden.

Aber wenn Sie an Handel, an Investitionen, an Existenzgründungen denken, dann bietet Mobilität eben auch sehr große Chancen.

In den vergangenen Jahren ist in diesem Zusammenhang viel über zirkuläre oder temporäre Migration geschrieben worden. Aus unserer Sicht sind temporäre und zirkuläre Wanderungen interessant, weil damit die Hoffnungen und Lebensentwürfe von Migrantinnen

und Migranten mit den Bedürfnissen der Arbeitsmärkte in Deutschland und Europa verbunden werden können. Und dieser Ansatz kann auch Antworten darauf geben, wie ein Wissenstransfer in Entwicklungsländer organisiert werden kann.

Ein Aspekt dabei ist im Übrigen, dass Migration auch Werte und Demokratie verbreiten kann. Denn Migranten nehmen Erfahrungen und Werte mit. Sie haben den Vergleich. Und sie können das, was sich in Gesellschaften bewährt hat, mit in andere Gesellschaften nehmen. Auch hier gilt: Migrantinnen und Migranten sind die idealen Brückenbauer.

Wenn wir über Migration sprechen, dann sollten wir den Menschen in den Mittelpunkt stellen.

In einem Onlineartikel habe ich die folgende Passage gefunden. Der Autor, selbst Sohn indisch-pakistanischer Einwanderer, schreibt dort, direkt an dieses Land gerichtet: „Vergiss nicht: Es sind nicht Wirtschaftsfaktoren, die da kommen, sondern Menschen. Menschen mit eigenen Wünschen und Träumen, Kulturen und Mentalitäten. Sie werden gewiss an sich arbeiten, um dir zu gefallen – aber nicht um jeden Preis. Sie werden ihre Eigenheiten beibehalten, ihre Sprache und Kultur pflegen wollen. Sieh das als Bereicherung, nicht als Bedrohung. Mach diese Menschen zu einem Teil von dir, behandle sie nicht wie Gäste. Denn so, wie sie etwas von dir wollen, willst du schließlich auch etwas von ihnen. Andernfalls gehen sie in andere Länder, die ihnen diese Freiheit lassen, wo sie es einfacher haben – und wo sie bedingungslos willkommen sind.“ (Hasnain Kazim, Spiegel Online)

Auch die EU-Kommission denkt in einem aktuellen Strategiepapier zum Gesamtansatz für Migration und Mobilität offenbar in ähnliche Richtung. Dort findet sich der Satz: „In essence, migration governance is not about “flows”, “stocks” and “routes”, it is about people.“ (Bei der Migrationsgovernance geht es nicht um Migrantenströme, -zahlen und -routen, sondern um Menschen).

Ich bin mir sicher, je mehr sich diese Perspektive auf Migration durchsetzt, umso leichter lassen sich auch Menschenrechtsaspekte durchsetzen.

Menschenrechte sind Leitprinzip der deutschen Entwicklungspolitik. Das BMZ hat sich verpflichtet, Menschenrechte deutlich wirksamer und vor allem systematischer zu fördern. Im Mai dieses Jahres ist hierzu ein verbindliches entwicklungspolitisches Menschenrechtskonzept verabschiedet worden.

Dabei ist uns bewusst, dass Menschenrechte die Grundlage und auch das Ziel von nachhaltiger Entwicklung sind. Erst die Umsetzung von bürgerlichen und politischen wie auch wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Rechten ermöglichen den Menschen ein Leben in Würde und Freiheit.

Die Menschenrechtsorientierung in entwicklungspolitischen Vorhaben führt zu einem Perspektivwechsel. Aus Zielgruppen und Bedürftigen werden Rechteinhaber. Und staatliche Akteure werden zu Pflichtenträgern. Die Strategie des BMZ beruht dabei sowohl auf der Förderung spezifischer Menschenrechtsvorhaben als auch der Querschnittsverankerung des Menschenrechtsansatzes.

Ich möchte Ihnen noch mit einem trockenen, technokratisch klingenden Begriff kommen; mit dem Thema Kohärenz. Was wir brauchen, ist eine kohärente Politik in den unterschiedlichsten Bereichen. Um nur ein oft genanntes Beispiel anzuführen: es macht einfach keinen Sinn, wenn die Europäer die Fischgründe vor den afrikanischen Küsten leerfischen, die Fischer in Not geraten und ihre Boote zum Transport von Menschen verwenden, die Europa dann nicht aufnehmen will. Auch hier geht es um die Wahrung eines Menschenrechts, nämlich um das Recht auf Nahrung.

Immer mehr rückt auch die Verbindung zwischen Migration und Klimawandel in den Blick. Auch hier stellen sich elementare Menschenrechtsfragen, zum Beispiel wenn ganze Inselstaaten vom steigenden Meeresspiegel bedroht sind oder wenn anhaltende Trockenheit und Degradierung der Böden zu Migration zwingen. Die Einhaltung der Menschenrechte für diese (Umwelt-)Flüchtlinge zu sichern, ist eine neue Herausforderung. Auch bei diesen Fragen steht die Weltgemeinschaft eher noch am Anfang.

Schließlich noch eine Bitte: in diesem Zusammenhang sollten wir Fragen der Süd-Süd-Migration immer mit-

denken. Wir haben in Europa die Neigung, Migrationsfragen immer auf uns zu beziehen. Der größte Teil der weltweiten Migration findet aber in und zwischen Entwicklungsländern statt. Und auch hier stellen sich regelmäßig Menschenrechtsfragen.

Ich hoffe, dass ich einige Themen unserer Veranstaltung habe anreißen können. Wirklich spannend wird es, wenn Sie uns von Ihren Erfahrungen berichten. Und wir werden dann einmal mehr sehen, wie wichtig die Rolle der Zivilgesellschaft ist – Im Bereich der Entwicklungspolitik; und für die Umsetzung der Menschenrechte.

In diesem Sinne wünsche ich der Tagung einen guten Verlauf.

Dr. Julia Duchrow am Rednerpult



Einige der Referenten am Eröffnungsabend



Peter J. Croll

Geschäftsführer, Internationales Konversionszentrum Bonn (BICC)



„Kompetenzzentrum Diaspora“

Peter J. Croll, der den Fokus seines Vortrags auf die praktische Kooperation der Diaspora mit staatlichen und nicht-staatlichen Institutionen legte, erinnerte zunächst daran, dass die Diaspora heterogen sei, wenngleich ihre Mitglieder das Merkmal eine, einen Bezug zum Herkunftsland zu pflegen.

Er begrüßte die Initiative von Migrantinnen und Migranten, im Bereich der Menschenrechtsarbeit aktiv zu werden, diese Arbeit zur Geltung zu bringen und diesbezüglich Synergien zu suchen.

„Das vorrangige Ziel muss darin bestehen, Migrantinnen und Migranten gleichberechtigt in die bestehenden hauptamtlichen Strukturen einzubinden.“ (Peter J. Croll)

Einführend erläuterte er, dass die Diaspora aufgrund der Sozialisation in anderen Kulturen und aufgrund der Verbundenheit zum Herkunftsland einem Kompetenzzentrum gleichkomme. Die Kenntnis mehrerer Sprachen und Wissen aus unterschiedlichen Kulturen ermögliche Vertretern der Diaspora vielfältige Innen- und Außensichten. Dies bewirke neben Perspektivwechseln auch das Erkennen von Synergien und Spannungsfeldern sowie die Möglichkeit, zu vermitteln. Diese aus anderen Weltgegenden mitgebrachten Kompetenzen, die von Unternehmen sowie von staatlichen und nicht-staatlichen Einrichtungen bislang noch nicht ausreichend berücksichtigt werden, könnten zu innovativen und pragmatischen Lösungen für herkunftslandbezogene Projekte beitragen und sollten deshalb mehr beachtet werden.

Weitere Kompetenzen, die in der Diaspora vertreten seien und die auf dem hiesigen Arbeitsmarkt weitge-

hend vernachlässigt werden, seien Bildungsabschlüsse, berufliche Qualifikationen und praktische Erfahrung. Obwohl für die erfolgreiche Integration eine rechtliche Bleibeperspektive und ein regelmäßiges Einkommen Voraussetzung sind, bestünden für Migranten zur Partizipation am deutschen Arbeitsmarkt drei Hindernisse: rechtliche Hürden (kein beziehungsweise ein nachrangiger Zugang zum Arbeitsmarkt), fehlende Anerkennung und Anerkennungsmöglichkeiten von Bildungsabschlüssen (wohlgemerkt auch mit den neuen, ab April 2012 geltenden gesetzlichen Regelungen) sowie die faktische Diskriminierung bei der Arbeitssuche.

Selbst bei Migrantenorganisationen in Deutschland seien hauptamtliche Strukturen bislang gering ausgebildet. Asymmetrische Kooperationsverhältnisse zwischen namhaften, etablierten Organisationen und kleinen ehrenamtlich arbeitenden Vereinigungen überwiegen. Ehrenamtliches Engagement solle jedoch nicht als Ersatz für Arbeitsmarktintegration betrachtet, sondern gestärkt und professionalisiert werden. Vorrangiges Ziel sei es, Migranten gleichberechtigt in bestehende hauptamtliche Strukturen einzubinden, sowohl in der Entwicklungsarbeit als auch beim Einsatz für die Menschenrechte.

„Ehrenamtliches Engagement ist sehr wichtig. [...] Gleichzeitig sollte es von keiner Seite als Ersatz für Arbeitsmarktintegration angesehen werden.“ (Peter J. Croll)

Ein weiterer Faktor, der migrantische Kompetenz kennzeichne, sei das von Pierre Bourdieu so genannte soziale Kapital. Dieses bestehe aus weniger institutionalisierten Beziehungen und potenziellen Netzwerken. Es könne eine wertvolle Ressource darstellen, weil es dazu beitrage, Zugang zu Informationen und Personen zu erleichtern.

Bei allen Vorteilen migrantischer Kompetenz sei, so Peter J. Croll, stets auf die Sicherung von Transparenz und Effektivität von Maßnahmen sowie auf die professionelle Distanz der Handelnden zu achten. Dies sei notwendig, um Loyalitätskonflikte zu vermeiden und nicht zuletzt auch, weil in Bereichen wie Friedenssicherung und Menschenrechtsarbeit Missverständnisse, zögerlicher Fortschritt, Rückschläge und psychische Überlastung zu erwarten seien. Gerade das affektive Kapital, die emotionale Bindung einzelner Ehrenamtlicher und Semiprofessioneller zur Gesellschaft ihres Herkunftslandes, gelte es zukünftig in der Zusammenarbeit in Menschenrechtsfragen zu berücksichtigen.

„Selbstverständlich ersetzt die Einbindung von Migrantinnen und Migranten weder die Aneignung eigenen Wissens noch Verfahren zur Sicherung von Transparenz und Effektivität.“ (Peter J. Croll)

Im Hinblick auf den sogenannten Migrations-Entwicklungs-Nexus berichtete Peter J. Croll von Studien, die zeigten, dass die Annahme, Migranten erwerben in der Emigration nützliche Fähigkeiten, Werte und Wissen, um diese nach der Rückkehr in ihrem Herkunftsland anzuwenden, nicht verallgemeinert werden könne. Auch die Unterstellung einer moralischen Verpflichtung, der Migranten bezüglich ihrer Ursprungsländer häufig unterlägen, treffe nicht immer zu. „Die notwendige und überfällige Betonung der wichtigen Rolle, die Diaspora-Akteure in verschiedener Hinsicht einnehmen können, und ihre einzigartigen Potenziale [...] dürfen nicht dazu verleiten, die Verantwortung für die Entwicklung der Herkunftsländer nun ihnen zuzuschreiben“, betonte Peter J. Croll. Mit einer solchen Sichtweise gerieten strukturelle Rahmenbedingungen ebenso leicht aus dem Blick wie persönliche Interessen von Migrantinnen und Migranten. Zu empfehlen sei eine differenzierte Herangehensweise unter Einbindung des Kompetenzzentrums der Diaspora.

Dieses Wissen und die Erfahrungen mit der Kompetenz der Diaspora ließen sich auf die Kooperation von Migranten und Organisationen in Menschenrechtsfragen übertragen, wenngleich Menschenrechtsentwicklung sowohl im Herkunftsland als auch hier ungleich größere Gefahren in sich bergen kann als technische und wirtschaftliche Entwicklungsarbeit. Fragen wie Daten- und Personenschutz durch politische Neutralität seien in der Menschenrechtsarbeit besonders ernst zu nehmen, wenn Kooperation

nicht nur in kritischer Bewusstseinsbildung im Residenzland, sondern auch in aktivem Widerstand gegen politische Regime oder gar in Intervention bestehe.

Herkunftslandbezogene Menschenrechtsarbeit hierzu-lande widme sich Themen wie Bildungszugang, Stärkung von Frauenrechten oder Diskriminierung. Letztgenannte sei ein schwieriges Thema, das nicht nur offensichtliche Gewaltverbrechen betrifft und das „ein hohes Maß an Ehrlichkeit und Reflexionsvermögen“ erfordere. Nicht selten, dies belegten empirische Studien, führte die offene Thematisierung von Diskriminierung durch Betroffene zur Einnahme einer defensiven Haltung bei den Adressaten. Die konstruktive Behandlung der Vorfälle musste abgebrochen werden, um den Dialog der Beteiligten aufrechterhalten zu können.

Selbst die neuerliche ‚Entdeckung‘ migrantischer Kompetenz konnte bislang nicht dazu beitragen, strukturelle, institutionalisierte Hürden abzubauen, betonte Peter J. Croll. Rassismus und Diskriminierung zählten zu den massivsten Hindernissen bei der Umsetzung politischer Ziele von Migranten. Unterschwellig und subtil setzten sie auf der psychologischen Ebene an und erschwerten so deren Nachweis.

„Auch gesellschaftliche Situationen, in denen [...] die Kooperation mit Migrantenorganisationen gesucht und ihre Arbeit unterstützt werden soll, finden nicht in einem machtfreien Raum statt, und es kommt auch hier immer wieder zu rassistischen [...] Vorkommnissen.“ (Peter J. Croll)

Informelles, biografisch erworbenes Wissen von Migrantinnen und Migranten und ein Verständnis dessen, was es bedeutet, diskriminiert zu werden, stellen eine weitere Ressource dar, die realistisch einzuschätzen und zu nutzen sei. Diese sei grundlegend für eine der wichtigsten, aktuellen gesamtgesellschaftlichen Aufgaben, die interkulturelle Öffnung.

Anzustreben sei eine konstruktive und symmetrische Zusammenarbeit zwischen etablierten großmaßstäblichen Strukturen und kleineren, im Aufbau befindlichen Migrantenorganisationen, welche unterstützt und gestärkt werden sollte.

Die vollständige Fassung des Vortrags finden Sie unter www.forum-der-kulturen.de

Dr. Julia Duchrow

Menschenrechtsreferat, Brot für die Welt



„Menschenrechte und Migration“

Bezug nehmend auf Erkenntnisse zu zehn rassistisch motivierten Morden in Deutschland hob Dr. Duchrow zu Beginn ihres Vortrags die Bedeutung des Fachtags als wichtigen Beitrag zu einer friedfertigen Gesellschaft hervor.

„Obwohl der Migration von Afrika nach Europa große Aufmerksamkeit geschenkt wird, leben weniger als ein Prozent Afrikaner in Europa.“ (Dr. Julia Duchrow)

Brot für die Welt reagiere auf Bedürfnisse von Partnerorganisationen und greife im Menschenrechtsreferat seit 2009 das Arbeitsfeld Migration und Entwicklung auf.

Staatliche Verpflichtungen gegenüber Einwandernden seien gemäß der Genfer Flüchtlingskonvention, Schutzersuchen Verfolgter, welche eine Grenze erreichen, in einem fairen Verfahren zu prüfen. Diesen, auch auf offenem Meer aufgegriffenen Flüchtlingen, seien Schutz und ein faires Asylverfahren zu gewähren.

„Menschenrechtsverletzungen sind häufig sowohl Ursache als auch Begleiterscheinungen von Migration.“ (Dr. Julia Duchrow)

Die Genfer Flüchtlingskonvention werde in Europa jedoch zunehmend ausgehöhlt. Dies geschehe einerseits dadurch, dass Flüchtlinge in europäische Randstaaten wie Griechenland oder Ungarn rücküberstellt werden, deren Aufnahmebedingungen menschenunwürdig sind und keine fairen Asylverfahren durchführen. Außerdem werden Migrationsbewegungen auf außereuropäische Staaten am Rande Europas verlagert, was dazu führe,

dass Menschen inhaftiert, gefoltert und am Erreichen rettender Grenzen gehindert werden.

Rückübernahmeabkommen, wie sie zwischen einigen EU Mitgliedstaaten mit nordafrikanischen Staaten bestehen, sorgten außerdem dafür, dass Menschen hinter EU-Grenzen verbracht werden. Diese Praxis sei nicht nur menschenrechtlich fragwürdig. Sie sei ebenso unsolidarisch gegenüber wirtschaftlich schwachen Ländern (der südlichen Erdhalbkugel), denen damit die Bürde, viele Menschen aufzunehmen und zu versorgen, auferlegt werde.

Julia Duchrow wies darauf hin, dass viele Menschen die ihr Land verlassen in ihren Heimatregionen verbleiben würden, wo sie sich integrierten. So lebe in Europa weniger als ein Prozent Afrikaner.

Als Auslöser für Emigration nannte Dr. Duchrow neben Umweltveränderungen, Menschenrechtsverletzungen, struktureller Ungleichheit und Perspektivlosigkeit den Faktor Armut. Obwohl Armut häufig Auslöser für Wanderung sei, emigrierten mehr Menschen aus Schwellenländern als aus niedrig entwickelten Ländern, da für die Migration Ressourcen benötigt würden. Aufgrund zum Teil hoher Kosten stelle Migration nicht für alle Menschen eine Option dar. Auch korreliere Migration mit dem Bildungsniveau.

„Aus Sicht von Brot für die Welt ist es nicht Ziel, Migration zu verhindern.“ (Dr. Julia Duchrow)

Universell gültige Rechte wie das Recht auf Ausreise, das Recht auf Freiheit der Person, das Recht auf Familienleben und jenes auf ein Leben in Würde werden regelmäßig missachtet. Rechtswidrige Verhaftungen erfolgten permanent, etwa in Mauretanien und an der Grenze zwischen Mexiko und den USA.

Die Einschränkung von Migration führe in vielen Fällen zur rechtlich bedenklichen Kriminalisierung von Menschen. Verschärfte Grenzkontrollen, wie sie von Transitstaaten gefordert werden, hemmten wirtschaftliche Entwicklung und förderten Diskriminierung. Nicht selten sterben Menschen beim Versuch in ein vermeintlich Rettung bietendes Land einzureisen. Neben der Schutzpflicht von Staaten existiere außerdem die Gewährleistungspflicht, der ungerechten Behandlung Schutzbedürftiger mit positiv diskriminierenden Maßnahmen zu begegnen.

„Die Kriminalisierung von Menschen allein aufgrund ihres Aufenthaltsstatus ist menschenrechtlich bedenklich.“ (Dr. Julia Duchrow)

Aufnahmestaaten sollten die Wanderarbeitnehmerkonvention unterzeichnen, welche Personen schützt, die in einem Land leben und arbeiten, dessen Staatsangehörigkeit sie nicht besitzen, sowie die sogenannte Hausangestelltenkonvention.

Julia Duchrow wies zusammenfassend darauf hin, dass Migranten Rechte besitzen, auch wenn es kein allgemeines Recht auf Einwanderung gebe. Sie rief dazu auf, den Schutz der Menschenrechte für alle einzufordern und zu verbiefen.

Aus der Sicht von Brot für die Welt sei Mobilität die Norm, welche es politisch zu gestalten gelte. Dafür setze sich die Entwicklungsorganisation ein sowie auch dafür, dass es Menschen ermöglicht werde, in ihrer Herkunftsregion in Würde zu bleiben.

„Die Entscheidung zu migrieren sollte nicht aus einem Mangel an Lebensalternativen erzwungen werden. Migration trägt [...] zu einer nachhaltigen Entwicklung bei, wenn über den gesamten Migrationsprozess hinweg menschenrechtliche Standards gewährleistet sind.“ (Dr. Julia Duchrow)

Die vollständige Fassung des Vortrags finden Sie unter www.forum-der-kulturen.de

Karen Neumeyer, Leiterin des Workshop 2



Interessierte Kongressteilnehmer



Dr. Stefan Wilhelmy

Servicestelle Kommunen in der Einen Welt (SKEW)



Für die Servicestelle Kommunen in der Einen Welt, deren Auftrag es ist, bundesweit Kommunen in ihren entwicklungspolitischen Aktivitäten zu unterstützen, und zu deren Hauptthemen die interkulturelle Öffnung der Kommunen zählt, sei die Teilnahme an den Tagungen des Forums der Kulturen und der Stadt Stuttgart zur Entwicklungszusammenarbeit stets gewinnbringend, fasste Dr. Wilhelmy seine Eindrücke der zurückliegenden Veranstaltungen der letzten Jahre zusammen. Erfahrungen aus dem gesamten Bundesgebiet könnten dort nicht nur eingebracht, es könne auch viel für die eigenen Beratungs- und Serviceleistungen der SKEW gelernt werden.

Die Veranstaltungsreihe, die dem 1998 gegründeten Forum der Kulturen, der Gründung der Stuttgarter Partnerschaft Eine Welt im Jahr 2005 sowie der erfolgreichen Zusammenarbeit der Stadt Stuttgart mit dem Forum der Kulturen zu verdanken sei, habe Modellcharakter. Darüber hinaus habe sie auf vorbildliche Weise Verbindungen geschaffen.

Im Jahr 2009 sei es zunächst um die Verbindung zwischen Migranten und ihren Organisationen zu staatlichen und zivilgesellschaftlichen Entwicklungsorganisationen gegangen. Im Rahmen dieser Begegnung wurden Kooperationsmöglichkeiten ermittelt und beleuchtet. Außerdem wurde die anhaltende Diskussion um eine stärkere Öffnung großer Organisationen gegenüber Migranten angestoßen.

Auf der zweiten Tagung im Jahr 2010 sei der Brückenschlag zwischen Migranten und der entwicklungspolitischen Bildungsarbeit staatlicher und zivilgesellschaftlicher Organisationen erfolgt. Dabei handle es sich um ein Sachgebiet, auf dem bei Migrantenorganisationen noch erheblicher Handlungsbedarf bestehe, wenn-

gleich zwischenzeitlich eine Zunahme der Beteiligung an Förderprogrammen und Qualifizierungsangeboten zu verzeichnen sei, so Dr. Wilhelmy. Entwicklungspolitische Bildungsarbeit, bei der es um Perspektivwechsel, das Aufzeigen von Handlungsoptionen und die Veränderung von Strukturen gehe, sei im Wesentlichen auf kommunaler Ebene zu praktizieren. Voraussetzungen für die Erhöhung offizieller Mittel für die Entwicklungszusammenarbeit seien künftig, darauf wies er ausdrücklich hin, eine entwicklungspolitisch informierte Öffentlichkeit, politische Unterstützung sowie ein verstärktes Engagement der gesamten Zivilgesellschaft.

Eine weitere Verbindung wurde mit den Themen Menschenrechte und Menschenrechtsarbeit in der entwicklungspolitischen Bildungsarbeit geschaffen. Da hierzu bislang nur wenige Projekte existierten, regte Dr. Wilhelmy die Diskussion folgender Aspekte an:

- Menschenrechtsverletzungen als Ursache für Migration.
- Die Menschenrechtssituation während des Wanderungsprozesses
- Menschenrechte von Migrantinnen und Migranten in Deutschland.
- Die verstärkte Integration des Themas Menschenrechte in der entwicklungspolitischen Bildungsarbeit unter vermehrter Einbindung von Migranten.

Migrantinnen und Migranten als Akteure und Partner der Menschenrechtsarbeit: Aktuelle Arbeitsansätze und künftige Perspektiven

Teilnehmende:

Dr. Ali Fatih

Sozialwissenschaftler, Coach und Berater, Hamburg

Peter J. Croll

Geschäftsführer, Internationales Konversionszentrum Bonn (BICC)

Alexander Hülle

Vorstandssprecher, Amnesty International, Sektion der Bundesrepublik Deutschland e. V.

Stephan Bethe

Referatsleiter Migration, Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ)

Dr. Thomas Soeder

Vorstandsmitglied, refugio Stuttgart e. V.

Elena Muguruza

Juristin, Bildungsreferentin Weltladen El Mundo, Dachverband Entwicklungspolitik Baden-Württemberg (DEAB), Informationsstelle Peru e. V.

Gari Pavkovic

Leiter der Abteilung Integration der Landeshauptstadt Stuttgart

Moderation:

Dr. Martin Kilgus

Südwestrundfunk (SWR International)

Stephan Bethe

In puncto erfolgreicher Einbindung der Kompetenzen von Menschen mit Migrationshintergrund in die Entwicklungszusammenarbeit könne bereits auf Strukturen zurückgegriffen werden, die eingespielt sind, bemerkte Stephan Bethe. Am Beispiel des Programms „Rückkehrende Fachkräfte“ skizzierte der Referatsleiter die bisherigen Erfahrungen. Er legte dar, wie das Ministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung dazu beitrage, entwicklungspolitische Angebote für Migrantinnen und Migranten in Deutschland zu schaffen. Das Programm Rückkehrende Fachkräfte zum Beispiel biete Beratung, Unterstützung bei der lokalen Vernetzung und teilweise auch Gehaltszuschüsse für Rückkehrende. Ziel sei es immer, die positiven Effekte von Migration für Entwicklungsprozesse in den Partnerländern effektiv auszuweiten.

Elena Muguruza

Elena Muguruza, die in ihrem Heimatland Peru selbst Zeugin von Menschenrechtsverletzungen war, arbeitet aus eigener Initiative und in Kooperation mit anderen Organisationen in Deutschland für eine weltweite Veränderung des Bewusstseins für Menschenrechte. Davon ausgehend, dass die Einhaltung der Menschenrechte Ziel der gesamten Menschheit ist, bringt sie das Konzept der Vergangenheitsbewältigung, das sie als ‚deutsches Konzept‘ bezeichnete, mit den peruanischen Wahrheitskommissionen zusammen. „Yuyanapag“, das Motto ihrer Arbeit, bedeutet „sich erinnern und gleichzeitig wach werden“. Es stelle einen Weg der Vergangenheitsbewältigung dar, der nicht mit Last gleichzusetzen sei. Erinnerung trage dazu bei, schlechte Erfahrung negativ zu markieren und verweise gleichzeitig darauf, wie etwas konstruktiv und zum Nutzen aller gehandhabt werden kann und sollte. In diesem Sinne wendet sich die Juristin aktiv gegen Kolonialismus und Rassismus und tritt für repräsentative- und

partizipative Demokratie ein. Als ein von Unrecht betroffener Mensch sei es ihr Ziel, hierzulande Menschenrechtsverletzungen, die in ihrem Herkunftsland begangen werden, zu thematisieren. Sie wolle den Dialog zwischen den Kulturen aufrechterhalten und Gerechtigkeit empfinden stimulieren. „Eine Welt, die nicht gleichgültig lebt, ist eine Sicherheit für die Einhaltung der Menschenrechte“, sagte sie.

Peter J. Croll

Der Geschäftsführer des Internationalen Konversionszentrums Bonn zweifelte nicht an der Kompetenz von Migranten. Er bezog sich auf empirische Studien und wies generelle Sicherheitsbedenken gegenüber migrantischen Initiativen, wie sie vom Auswärtigen Amt geäußert worden waren, zurück. Er betonte, dass es keineswegs genüge, in von außen geplanten Programmen zu denken. Vielmehr sei jegliches Engagement von Migranten bis hinauf in höchste Ebenen wünschenswert.

Dr. Ali Fatih

Dr. Ali Fatih berichtete von den Erfahrungen, die er nach seiner Ankunft als Flüchtling in Deutschland gemacht hat. Als Akademiker und weil sein Fall zum Zeitpunkt der Immigration bei Amnesty International bekannt war, sei er bei seiner Ankunft in Deutschland privilegiert gewesen und protegert worden. Er war nicht gezwungen lange Zeit im Flüchtlingsheim zu verbringen. Nach wenigen Monaten wurde er als Asylant anerkannt. Nicht anerkannt wurde dagegen sein Studium aus seinem Herkunftsland. Daraufhin absolvierte er ein weiteres Studium, was er als eine zweite Lebenschance empfinde. Sein ehrenamtliches Engagement gegen Diskriminierung eröffnete ihm berufliche Möglichkeiten und verhalf ihm zu der Erkenntnis, dass Skepsis gegenüber Immigranten hierzulande mit dem hier vorherrschenden Menschen- und Weltbild zu tun habe. Die Auseinandersetzung mit den gängigen Bildern sei nötig, um ein neues gemeinsames Menschenbild zu schaffen und universale Menschenrechte anzuerkennen. Die bisherige Trennung von Deutsch-Deutschen und Diaspora sei für die gesellschaftliche Kohärenz kontraproduktiv.

Dr. Thomas Soeder

Dr. Thomas Soeder bekräftigte, dass der Weg vom Opfer zum Handelnden möglich ist. Die Erfahrung, dass erfahrenes Unrecht und Leid positiv gewandelt werden können, gebe ihm Impulse und Antrieb für seine Arbeit. Eine

solche Wandlung sei in der Regel erfahrungsgemäß nicht im Heimatland möglich, auch nicht bei einer späteren Rückkehr dorthin. Rückkehr bedeute nie Heilung, einzig wirksam sei die Anerkennung von Wahrheit. Was von offizieller Seite bei der Beurteilung von Lebensgefahr gerne übersehen werde, sei die Tatsache, dass der seelische Tod nicht weniger real ist als der physische. Menschen, die schwere Traumatisierungen überstanden und verarbeitet haben, seien prädestiniert für Menschenrechts- und Sozialarbeit, erklärte der Psychoanalytiker.

Alexander Hülle

Kritik an offiziellen Handlungsweisen deutscher Politik gebe es von verschiedenen Seiten, merkte Alexander Hülle an. Zur Kritik von Migranten an deutschen Waffenlieferungen in Krisengebiete sagte er, dass es hierzulande lediglich eine schwache Bürgerrechts- und Menschenrechtstradition gebe. Dass die deutsche Politik schizophren sei, bedürfe keiner weiteren Erläuterung. Aus dem Arabischen Frühling sei hier nichts gelernt worden. Amnesty International habe bei zunehmender Beschäftigung mit Ländern des globalen Südens festgestellt, dass Menschen von dort eigene, spezifische Probleme haben, die anders geartet seien als Probleme hierzulande. Hätte man früher eher bürgerlich-politische Rechte vertreten, stünden heute Rechte basaler Art im Vordergrund der Arbeit der internationalen Organisation wie das Recht auf Nahrung, Wohnen und Bildung.

Der Kampf gegen Armut und Menschenrechtsverletzungen, die Armut verursachen, werde bei Amnesty International nach aktuellen Erkenntnissen überwiegend von Migranten geleistet. Die Organisation profitiere von Wanderbewegungen, erst durch sie werde die Organisation ihrer Bezeichnung in jeder Hinsicht gerecht.

Gari Pavkovic

Für die Stadt Stuttgart sagte der Integrationsbeauftragte, dass mit Menschen aus 180 Herkunftsstaaten die ganze Welt bei uns vertreten sei, die sich als Eine Welt bzw. eine Stadtgesellschaft verstehen soll. Existierenden Ungleichheiten und Ausgrenzungen sei mit politischer Bildungsarbeit zu begegnen, die Botschaft der Gleichwertigkeit aller müsse über den Kopf zu den Herzen gelangen und zur Haltung werden. Beispiel für eine gute Menschenrechtsarbeit in der Landeshauptstadt sei das Forum der Kulturen mit Veranstaltungen zur Kultur- und Entwicklungsarbeit wie dieser Tagung. Eine weitere Voraussetzung für eine

Welt sei neben dem Konzept die praktische Kooperation unter Migranten und Nicht-Migranten. Die hiesige Kommune sehe Migranten nicht als passive Leistungsempfänger, sondern als Akteure. Ihr Empowerment als Mitgestalter der Gesellschaft entwickle sich. Im öffentlichen Dienst in Stuttgart herrsche hinsichtlich der Beschäftigung von Migranten Bewegung, von der es jedoch mehr benötige. Seine eigene Aufgabe bestehe darin, diese Entwicklung zu fördern und bei der Stadtverwaltung Strategien gegen Ungleichbehandlung zu verankern. Interkulturelle Kompetenzen der Migranten werden als Potentiale noch zu wenig genutzt. Es gehe darum, die Menschen kultur- und milieuübergreifend zusammenzubringen, um die Arbeits- und Lebensbedingungen aller zu verbessern.

Dr. Ali Fatih

Auch Ali Fatih nimmt ein geteiltes Bild wahr, das die deutsche Gesellschaft abgebe. Die Spaltung in Positives wie humanitäre Intervention, Eintreten für Frieden und Menschenrechte, Fortschritt im Rassismuskurs sowie in Negatives wie etwa die Benachteiligung von Migranten auf dem Arbeitsmarkt müsse konsequent mit dem pädagogischen Mittel der Menschenrechtsbildung in Form einer Bildungsoffensive angegangen werden. Bislang habe man sich den vorhandenen Kompetenzen und dem gebotenen Reichtum von Immigranten versperrt.

Dr. Thomas Soeder

Aus Sicht eines Ethnopschoanalytikers sei Rassismus ein komplexes Thema, erklärte Dr. Soeder, der das Phänomen unter anderem an Überlebenden des Holocausts kennengelernt hat. Er wies darauf hin, dass viele Immigranten heutzutage Opfer und Akteure eines Rassismus sind, der nicht hier in Deutschland entstanden ist. So behandle er etwa Hutu gleichermaßen wie Tutsi, Sunniten wie Schiiten sowie Kurden und Türken. Er erlebe, dass sie allesamt von Abgrenzungsbedürfnissen geprägt sind. Es gehöre zu den Grundstrukturen der menschlichen Seele, Fremdes zunächst eher abzulehnen. Umso mehr sei es eine kulturelle Leistung, ethnischen Abwertungen und Verachtung zwischen Gruppen entgegenzutreten. Hier sei das aktive Mitwirken von Migranten von immenser Bedeutung.

Peter J. Croll

Rassismus einzig auf die Diaspora zu beziehen, genüge nicht, merkte Peter J. Croll an. Um Rassismus grundlegend vorzubeugen, seien pädagogische Einrichtungen gefor-

dert, welche bereits im Kindesalter mit Menschenrechtsbildung ansetzen müssten. Darüber hinaus seien in der Bevölkerung menschenrechtliche Gedenkjahre sinnvoll. Das von den Vereinten Nationen ausgerufenen Jahr der Black Minorities (2011) etwa, das er exemplarisch nannte, sei viel zu wenig bekannt. Gedenkfeiern sollten besser im Bewusstsein der Allgemeinheit verankert werden. Die Rüstungsexporte, die sich im Jahr 2011 verdoppelt haben, seien schließlich ein weiteres, zu diskutierendes Thema.

Alexander Hülle

Rückschläge in der Menschenrechtsbildung und -entwicklung seien vermehrt seit den Anschlägen in New York im Jahr 2001 zu verzeichnen, stellte Alexander Hülle fest. Er wies darauf hin, dass Bedrohungen der Mehrheitsgesellschaft, subjektiv gefühlt oder offensichtlich berechtigt, immer eine Gefahr für Minderheiten darstellen. In solchen Situationen sollen Migranten ihre Erfahrungen in die Gesellschaft einbringen, indem sie hervortreten und auf reale Machtverhältnisse hinweisen. Es sei die ständige Aufgabe aller, Minderheiten in Machtverhältnissen zu schützen.

Elena Muguruza

Elena Muguruza erklärte, dass keine Gesellschaft vor Rassismus gefeit sei. Auch Peru sei eine historisch von Rassismus geprägte Gesellschaft. Kaum jemand sei von Ausgrenzung ausgenommen, allerdings sind Indigene und Schwarze am meisten betroffen. Allerdings betrachtet Elena Muguruza Rassismus nicht als unabwendbares Schicksal. Jedes Individuum habe die Möglichkeit und die Pflicht, gesellschaftliche Verhältnisse permanent selbstreflexiv zu hinterfragen und das eigene Bewusstsein zu schärfen. Wie ihre Vorredner betonte sie, dass das Thema Gegenstand des regulären Schulunterrichts sein müsse. Auch wiederholte sie, dass Betroffene aus eigener Erfahrung heraus wirken können, wenn sie sich nicht auf die Opferrolle beschränken.

Gari Pavkovic

Der Integrationsbeauftragte zitierte abschließend Beispiele von Alltagsrassismen und zeigte damit auf, wie mit Sprache in wohlwollend gefärbtem Gewand Ausgrenzung betrieben werden kann. Er wies außerdem exemplarisch auf die Privilegierung von Einheimischen in der Arbeitswelt hin und bekräftigte schließlich die Forderung nach Reflexion und Revision des Sprachgebrauchs sowie nach fairer Partnerschaft.

Samstag, 10. Dezember 2011

Fachgespräche und Workshops

Teilnehmende Vereine

Die Fachtagung, die bereits zum dritten Male stattfand, ging aus dem seit 2007 bestehenden Arbeitskreis Migration und Entwicklung hervor. Dieser ist beim Forum der Kulturen e. V. angesiedelt und findet sich alle zwei Monate zusammen, um aktuelle Themen der Entwicklungspolitik und der entwicklungspolitischen Bildungsarbeit zu präsentieren und zu diskutieren.

Die Tagungsreihe wird vom Forum der Kulturen e. V. zusammen mit der Landeshauptstadt Stuttgart veranstaltet und genießt mittlerweile bundesweit Bekanntheit und Ansehen. Darauf verweisen ein weit angereichertes Publikum sowie Referenten aus ganz Deutschland, etwa aus Rostock, Berlin und Hamburg, aber auch das Interesse, das etablierte, professionelle Organisationen an der Veranstaltung zeigen.

„Es ist ein Kampf David gegen Goliath [...] gemeinsam werden wir diesen Kampf gewinnen.“ (Jama Maqsudi)

Traditionell ist der zweite Veranstaltungstag als Arbeitstag vorgesehen und den Akteuren der Entwicklungsarbeit zum engeren Austausch vorbehalten. Auch dieses Mal konnten sie sich im geschützten Rahmen präsentieren, kennenlernen und austauschen.

Zunächst wurden unterschiedlichste Formen des Engagements zum Thema Menschenrechte vorgestellt. Die Bandbreite etablierter Organisationen und Migrantenvereine zeigte, wie eng die Themen Menschenrechte und Migranten miteinander verwoben sind, nämlich von der Fluchtursache bis zur Art und Weise, wie Immigranten hier in Deutschland leben. Der Präsentation folgte die vertiefende Arbeit in drei Arbeitsgruppen zu konkreten Themen und Möglichkeiten der Menschenrechtsarbeit.

BONA e. V.

Die deutsch-burkinische Organisation für nachhaltige Entwicklung BONA e. V. trägt mit Bildungs- und Kulturarbeit (kulturelle Veranstaltungen, Konferenzen) sowohl in Burkina Faso als auch in Deutschland mit dem Ziel der Nachhaltigkeit zur Völkerverständigung, Integration und Verbesserung der Lebensbedingungen von Menschen bei. Neben der von der burkinischen Regierung propagierten Genderförderung und Verbesserung des Mutter-schutzes liegt der praktische Schwerpunkt des Vereins im Bereich der Menschenrechtsarbeit auf der Bekämpfung von Ungerechtigkeiten gegenüber Frauen sowie der Förderung von Frauen durch Bildung, erklärte der Vorsitzende Dr. Amadou Sienou.

Ndwenga e. V.

Der Namen dieses Vereins ist Programm. Ndwenga bedeutet Weisheit. So hat der seit 1996 bestehende Verein die Bildung in der Demokratischen Republik Kongo und in Deutschland zum Ziel. Bildung werde in ihrem Herkunftsland kaum als Menschenrecht betrachtet, erklärte die Vereinsvorsitzende Cathy Nzimbu Mpanu-Mpanu-Plato. Sie werde dort vielmehr mit Auflehnung gegen die Regierung gleichgesetzt und sei deshalb ein gefährdetes Gut. Dieses gelte es zu schützen, stellte Cathy Nzimbu Mpanu-Mpanu-Plato fest. Neben der überseeischen Arbeit in den Bereichen Bildung, Toleranz, Demokratie, Umwelt, Wirtschaft und Gesundheit zählt die Bewusstseinsbildung hier in Deutschland, besonders an Schulen, zu den Aufgaben der Vereinsaktiven.

Informationsstelle Peru e. V.

Elena Muguruza erklärte, dass einzig Menschen Träger von Rechten sein können. Sie bemängelte deshalb insbesondere, dass Menschenrechte in Deutschland eher als abstrakt gesehen werden. Sie plädierte dafür, sich in der Entwicklungsarbeit auf konkrete Beispiele von Men-

schenrechten und Menschenrechtsverletzungen zu beziehen und daran international und partnerschaftlich zu arbeiten. Menschenrechtsarbeit sei Basis für Entwicklungsarbeit. Auch Migranten sollen sich deshalb gegen Kolonialismus und Rassismus, wie sie in ihren Herkunftsländern und in Deutschland gleichermaßen existieren, sowie für Vergangenheitsbewältigung und Gerechtigkeit engagieren.

Von Frau zu Frau e. V.

Rachida Elmourahik stellte den noch jungen Verein Von Frau zu Frau e. V. vor. Er besteht vorwiegend aus Frauen, die nicht berufstätig sind und die fast keinen Kontakt zu Deutschen hatten. Die Aktivitäten der internationalen Vereinsmitglieder sind breit gefächert. Dazu zählen insbesondere interkulturelles Lernen unter Frauen und Engagement gegen Rassismus. Bislang wurden zwei Veranstaltungen durchgeführt: ein Informationsabend zur Partizipation von Frauen in der marokkanischen Politik sowie ein kultureller Abend zu arabischen Sitten und zur Situation von Frauen in Marokko. Nachhilfeunterricht für Schüler und Studierende ist ein weiteres Betätigungsfeld der Vereinsmitglieder. Geplant sind Vorträge, die Frauen motivieren sollen, sich politisch einzubringen.

„Diasporalounge“ Hamburg

Dr. Ali Fatih berichtete von informellen Zusammenkünften ehemaliger Multiplikatoren aus der Antirassismusbewegung in Hamburg, genannt „Diasporalounge“, und Visionen und Plänen. Die Mitglieder der Initiative wollen zunächst herausfinden, welche Themen sie bewegen und welche Themen in Hamburg akut zu behandeln wären. Die Gruppe setzt sich eher theoretisch mit Menschenrechtsverletzungen auseinander, beschäftigt sich jedoch auch mit praktischen Fragen wie Migrationsbewegungen in Griechenland, die Erfahrung von Menschenrechtsverletzungen im sogenannten Arabischen Frühling und der Reproduktion exemplarischer repressiver Strukturen. Weitere Arbeitsfelder der Interessengemeinschaft seien die Militarisierung von Entwicklungsarbeit sowie die Frage, inwiefern Akteure der Entwicklungszusammenarbeit korrupt sind, mit Unterdrückern kooperieren und damit Menschenrechtsverletzungen bedingen, verdecken und verstärken. Nicht zuletzt sei die grundlegende Frage zu erörtern, wer wen entwickle.

Deutsch-Afghanischer Flüchtlingshilfverein e. V.

Da die offizielle Politik eher Sicherheitsaspekte im Blick habe als konkrete Menschen und ihre Rechte, hat es sich der von Afghanen und Deutschen 1995 gegründete Verein zur Aufgabe gemacht, afghanischen Flüchtlingen praktisch zu helfen, erklärte der Vereinsmitbegründer und -vorsitzende Jama Maqsudi. Rund 25 Mitglieder seien in den Bereichen Gesundheitswesen und Bildung tätig. In Deutschland berichtet der Verein zur Situation in Afghanistan. Überdies leistet er Informations- und Bildungsarbeit zum Neokolonialismus, um der einseitigen und überwiegenden Sicht von Politik und Medien auf militärische Aspekte entgegenzuwirken. Dem Verein gehe es darum, hier Lebenden Schicksale aus Afghanistan, die durch Unterdrückung und Misshandlung verursacht werden, nahezubringen.

Terre des Femmes e. V.

Terre des Femmes ist eine gemeinnützige Menschenrechtsorganisation für Mädchen und Frauen, die durch internationale Vernetzung, Öffentlichkeitsarbeit, Aktionen, persönliche Beratung und Förderung von einzelnen Projekten Mädchen und Frauen unterstützt. Sie setzt sich dafür ein, dass Mädchen und Frauen ein gleichberechtigtes und selbstbestimmtes Leben führen können und unveränderliche Rechte genießen. Ein Schwerpunkt der Arbeit von Terre des Femmes in Deutschland ist es, gegen patriarchalische Strukturen vorzugehen, die Migranten aus ihren Herkunftsländern importieren und welche hierzulande zu Konflikten führen, erläuterte Barbara Brunnert-Bastian. In Migrantinnen sieht die Vertreterin der Organisation die besten Expertinnen für den Umgang mit hierzulande auftretenden oder initiierten Frauenrechtsverletzungen. Ihr Wissen und ihre Erfahrung seien für die Verbesserung der Frauenrechtsarbeit von hohem Wert.

Brot für die Welt

Karen Neumeyer stellte die Aktion der evangelischen Kirchen „Brot für die Welt“ vor. Die Aktion steht unter dem Motto „Den Armen Gerechtigkeit“ und unterstützt mit vor Ort ansässigen Partnerorganisationen jährlich über 1000 Projekte in Lateinamerika, Afrika, Asien und Osteuropa zu den Themen Gewalt überwinden, Ernährungssicherheit, Gesundheit und Bildung. Mit der Kampagne für Ernährungssicherheit „Niemand is(s)t für sich allein“ greift „Brot für die Welt“ Forderungen der Partner im Süden auf, Veränderungsprozesse im Norden zu

initiieren. Die Kampagne informiert über Zusammenhänge zwischen Armut, unserem Konsum und den Spielregeln des Welthandels und macht deutlich, dass unser Konsum- und Lebensstil Auswirkungen auf das Leben Anderer haben.

Aktuelles Thema ist der „Wettlauf um die besten Ackerböden“. Der Wettlauf um Land wird angetrieben von der steigenden Nachfrage nach Futtermitteln und Energiepflanzen zur Produktion von Agrotreibstoff. Die Kampagne hat auf Wunsch von Partnerorganisationen in Sierra Leone, Westafrika, Gran Chaco (Argentinien) und in Indonesien Studien in Auftrag gegeben, um die Auswirkungen von großflächigen Landinvestitionen auf lokale Bevölkerungsgruppen zu untersuchen. Die Forderungen der Kampagne richten sich an die Politik und an die Verbraucher/innen. Die Politik ist gefordert eine gute Landpolitik umzusetzen und unser Konsum darf nicht zu Lasten der Ernährungssicherung gehen.

Servicestelle Kommunen in der Einen Welt (SKEW)

Auftrag der Servicestelle Kommunen in der Einen Welt ist es, Kommunen und kommunale Akteure in ihrer Entwicklungspolitik zu unterstützen. Zielgruppen sind Mitarbeiter aus Politik und Verwaltung sowie Partnerschafts- und Migrantenvereine. Die Servicestelle führt selbst keine Projekte durch, sie ist lediglich beratend tätig. Sie gibt Gutachten in Auftrag zu Fragen nach Möglichkeiten fairer Beschaffung durch die Kommunen sowie zu kommunalem Engagement im Bereich von Migration und Entwicklung. In Studien zu Migration und Entwicklung oder in einem Praxisleitfaden, der die Ergebnisse eines Modellprojekts dokumentiert, hat das Thema Menschenrechte laut Dr. Stefan Wilhelmy bislang keine Rolle gespielt. Vorangetrieben werden könne und solle es jedoch im bundesweiten Netzwerk von Kommunen und Dachverbänden, das die Servicestelle zum kommunalen Austausch über Migration und Entwicklung bietet. Dr. Wilhelmy wies schließlich auf eine weitere Serviceleistung der SKEW hin, den Finanzierungsratgeber. Dabei handelt es sich um eine Online-Datenbank, die Auskunft zu Fördermöglichkeiten für Migrantenvereine gibt.

peace brigades international – Deutscher Zweig e. V.

Peace brigades international ist eine Friedens- und Menschenrechtsorganisation, die durch die Präsenz internationaler Freiwilligenteams in Konfliktgebieten Menschenrechts-

verteidigerInnen begleitet, sie schützt und so Handlungsräume für den Frieden schafft. Volker Uhl berichtete, dass peace brigades international aktuell in Mexiko, Guatemala, Kolumbien und Nepal aktiv ist, zunehmend auch in wirtschaftlichen Fragen wie Ressourcenabbau und Landraub. Um in Deutschland eine Kultur der Menschenrechte zu schaffen, unterhält die Organisation ein eigenes Bildungswerk. Rückkehrende Freiwillige werden hier ausgebildet, damit sie ihr Wissen in Kindergärten und Schulen weitertragen und als Schlüssel zu einer friedlichen, globalisierten Welt einsetzen können. Zentral für die Arbeit von peace brigades international in Deutschland ist außerdem die Behandlung alltäglicher Fragen, welche alle Menschen betreffen, wie solche nach Zusammenhängen von Menschenrechten, Wirtschaft und Konsum, nach Zivilcourage oder nach dem eigenen Streitverhalten.

Workshops



Präsentation von Stiftungen und Förderprogrammen

Der Finanzierungsratgeber der Servicestelle Kommunen in der Einen Welt

Im Online-Finanzierungsratgeber der Servicestelle Kommunen in der Einen Welt, den Anke Valentin vorstellte, finden sich Informationen zu Fördermöglichkeiten und Einrichtungen für Entwicklungsprojekte.

Mit rund 140 Förderquellen, die nach verschiedenen Suchkriterien gefiltert werden können, und Links zu weiteren Datenbanken und Beratungseinrichtungen stellt der Ratgeber ein umfangreiches und dichtes Netz der deutschen Förderlandschaft dar.

Die Darstellung der repräsentierten Förderprogramme richtet sich nach folgendem Schema: Name des Programms, Handlungsfelder, Tätigkeitsregion, Förderart (Personal-, Sachkosten etc.), Antragshöhe, Projektdauer, Antragsteller (Vereine, Kommunen etc.), Bemerkungen (z. B. Antragsfristen).

Neben dem Tipp des Monats enthält der Ratgeber zudem Finanzierungsbeispiele aus dem breiten inhaltlichen Themenspektrum der Fördermöglichkeiten. Exemplarisch ist hier zu sehen, wie Projekte durchgeführt werden können, auch solche, in die Mittel verschiedener Geldgeber einfließen.

www.service-eine-welt.de/fira

Dr. Wilhelmy fügte an, dass es ab Januar 2012 eine neue Servicegesellschaft namens **Engagement Global gGmbH** geben werde. Diese werde dann sämtliche Förderprogramme und Serviceprogramme bündeln, die sich an zivilgesellschaftlich kommunale Akteure der Entwicklungsarbeit in Deutschland richten, und hat das Ziel, entwicklungspolitisches Engagement zu stärken. Interessierte können sich über eine zentrale Rufnummer oder auf der Internetseite www.engagement-global.de zu Unterstützungsmöglichkeiten informieren.

Centrum für internationale Migration und Entwicklung (CIM)

CIM fördert das Potenzial globaler Migration für nachhaltige Entwicklung. Wir vermitteln Fach- und Führungskräfte an Arbeitgeber weltweit und unterstützen unsere Partner bei Migrationsthemen. Als Arbeitsge-

meinschaft der Deutschen Gesellschaft für Internationale Zusammenarbeit (GIZ) GmbH und der Bundesagentur für Arbeit (BA) vereint CIM seit über 30 Jahren entwicklungs- und arbeitsmarkt-politische Expertise.

CIM verfügt über eine Reihe von Angeboten: die Vermittlung deutscher und europäischer Experten als „Integrierte Fachkräfte“ an Arbeitgeber in Entwicklungs- und Schwellenländern, die Unterstützung und Vermittlung Rückkehrender Fachkräfte für Experten, die nach einem Studien- oder Arbeitsaufenthalt in Deutschland in ihren Herkunftsländern in einer entwicklungsrelevanten Position arbeiten, das Programm Migranten als Unternehmer, das sich an jene richtet, die sich nach einer Rückkehr im Heimatland selbstständig machen wollen, das Alumniportal Deutschland als Vernetzungsplattform für Alumni deutscher Universitäten, ein Programm zur Migrationspolitikberatung sowie das Programm zur Förderung des entwicklungspolitischen Engagements von Migrantenorganisationen. Letzteres stellte Julia Hurnaus näher vor. Das Programm fördert das zivilgesellschaftliche, entwicklungspolitische Engagement von Migrantenorganisationen (MO).

Dadurch soll auch die Sichtbarkeit von MO als Entwicklungsakteure hier sowie in den jeweiligen Herkunftsländern gestärkt werden. Gefördert werden Projekte von gemeinnützigen MO, die zum Erreichen der Millennium Development Goals in Partnerländern des BMZ beitragen. Voraussetzung für eine Förderung ist die Beteiligung von Partnerorganisationen vor Ort und ein Eigenanteil von mindestens 50 Prozent des Gesamtvolumens. Der finanzielle Eigenanteil der MO muss mindestens 10 Prozent betragen, der restliche Eigenanteil kann in Arbeits- und Sachleistungen erbracht werden. CIM übernimmt bis zu 50 Prozent der Gesamtkosten eines Projekts, wobei die maximale Förderhöhe bei 40.000,- € liegt.

Zusätzlich bietet das Programm zur Förderung des entwicklungspolitischen Engagements von Migrantenorganisationen auch Beratung und Weiterqualifizierung bei Antragstellung, Projektmanagement und Öffentlichkeitsarbeit und vernetzt MO untereinander sowie mit anderen Akteuren der Entwicklungszusammenarbeit. CIM verfügt in knapp 20 Ländern über Berater und Beraterinnen, die Projekte der MO in die lokalen Strukturen der Entwicklungszusammenarbeit einbinden und die Wirkungen der Projekte erhöhen.

Ergebnisse Workshops

Ergebnisse Workshop 1:

„Im Einsatz für die Menschenrechte“

Moderation: Dr. Stefan Wilhelmy

Der geringste Teil der anwesenden Vereinsaktiven gab in einer kurzen Vorstellungsrunde an, Erfahrung mit Förderanträgen zu besitzen. Die meisten Interessierten waren in den Workshop gekommen, um sich über Fördermöglichkeiten für ihre Projekte zu informieren.

Volker Uhl stellte abermals peace brigades international (pbi) vor. Er informierte insbesondere über die Arbeit seiner Organisation in Deutschland. Diese bestehe aus den untrennbar verbundenen Aspekten Menschenrechtsbildung, Friedenspädagogik und globales Lernen. Konkret bestehe sie darin, Auslandserfahrungen rückkehrender Freiwilliger hierher zu transferieren und im Bildungsbereich fruchtbar zu machen. Zurückkehrende Friedensaktivisten werden in Deutschland ausgebildet, um hiesige Schüler und Studierende mit Puppentheater, Rollenspielen, Filmprojekten und Musik über ihre spezifischen Erfahrungen zu informieren. Eine systematische Einbindung von Migranten in die Menschenrechts- und Bildungsarbeit von peace brigades international in Deutschland existiere noch nicht. Pbi sei eine kleine Organisation mit begrenzter Kapazität, doch könne über Kooperationen nachgedacht werden, etwa über die Zusammenarbeit mit einer Stuttgarter Initiative zu Sri Lanka.

Anhand exemplarischer Profile von Geldgebern, die im Finanzierungsratgeber der Servicestelle Kommunen in der Einen Welt enthalten sind, zeigte Anke Valentin Besonderheiten von Fördermöglichkeiten auf.

Sie wies darauf hin, dass es grundlegend sei, die Förderrichtlinien genau auf die einzelnen Förderkriterien

hin zu überprüfen. Sie empfahl neben der Einhaltung von Antragsfristen auch, Anträge nicht unter Zeitdruck zu stellen. Nützlich sei häufig die direkte Kontaktaufnahme mit Förderinstitutionen und die Abklärung von Projektideen vor einer Antragstellung. Ferner lohnten sich Anfragen bei Institutionen, welche Projekte in verwandten Themenbereichen unterstützen, wie zum Beispiel politische Stiftungen. Anke Valentin verwies überdies auf lokale Quellen wie Kommunen und Geldinstitute. Sie erklärte, dass häufig innovative Vorgehensweisen und Aktivitäten unterstützt werden, welche auf andere Projekte übertragbar sind. Hilfreich sei es, Anträgen Grafiken und Tabellen beizufügen. Eigeninitiative werde erfahrungsgemäß belohnt. Auch wenn das Antragsvolumen die vorhandenen Mittel übersteige und Anträge abgelehnt werden, solle sich niemand entmutigen lassen. Projektförderung sei ein Lernprozess, der nicht zuletzt mit dem Aufbau von Vertrauen verbunden ist. Kleine, erfolgreiche Projekte schafften Vertrauen und somit Anknüpfungspunkte für weitere und größere Vorhaben.

Lebhafte Diskussion Workshop „Im Einsatz für die Menschenrechte“.



Ergebnisse Workshop 2:

„Landraub für Teller, Tank und Trog – was können wir tun?“

Moderation: Cathy Nzimbu Mpanu-Mpanu-Plato

„Wenn das Land knapp wird, wächst der Hunger“ (Karen Neumeyer)

Karen Neumeyer, Koordinatorin der Kampagne „Niemand is(st) für sich allein“ von „Brot für die Welt“, stellte die weltweite Dimension von Landverkäufen und Verpachtungen vor und ging am Beispiel von Sierra Leone auf ein konkretes Beispiel einer Landinvestition ein.

Die Referentin erläuterte, dass der Begriff Landraub dann verwendet wird, wenn die Landinvestitionen zu Verletzung von Landrechten von lokalen Bevölkerungsgruppen und zu negativen Auswirkungen auf die Ernährungssicherheit führen. Sei es, dass die Lebensmittel für lokale Bevölkerungsgruppen knapp und (zu) teuer werden, dass der Wasserzugang beschränkt wird oder der Einsatz von Pestiziden die Lebenssituation beeinträchtigt.

In der Region Makeni in Sierra Leone hat ein Schweizer Unternehmen 57 000 Hektar Land gepachtet. Das Projekt soll aus einer Zuckerrohrplantage, einer Ethanoldestilliererei und einem Biomassekraftwerk bestehen. Die Partnerorganisation von „Brot für die Welt“ das „Netzwerk für das Recht auf Nahrung“ in Sierra Leone untersucht die Auswirkungen der Plantage auf die Kleinbauernfamilien. Viele Familien sind unzufrieden, da einige Punkte des Vertrags (wie die Schaffung gut entlohnter Arbeitsplätze für Einheimische, der Aufbau einer Infrastruktur) bisher nicht so eingehalten wurden wie erwartet. Auch beklagen sich Landbesitzer darüber, dass ihre Mitspracherechte nicht eingehalten wurden. Aus dem Grunde fordern Teile der Bevölkerung vor Ort die Einhaltung internationaler Normen und menschenrechtlicher Kriterien. „Brot für die Welt“ erachtet Investitionen in die Landwirtschaft als notwendig, sieht jedoch unter den gegebenen Umständen in Sierra Leone das Recht auf Nahrung in Gefahr. Aus diesem Grund unterstützt das Hilfswerk das Netzwerk und die Bevölkerung vor Ort und setzt sich für international gültige Standards für Landinvestitionen sowie für einen nachhaltigen Lebens- und Konsumstil ein.

Als Lösungsvorschläge für die Problemlage wurden ver-

schiedene Herangehensweisen diskutiert. Im Mittelpunkt stand die Frage, wie die weltweite Nachfrage nach fruchtbaren Ackerflächen für den Anbau von Energiepflanzen zur Produktion von Agrotreibstoffen gesenkt werden kann. Vorgeschlagen wurde eine allgemeine Entschleunigung sowie wurde auch ein Energiesparen als sinnvoll erachtet. Dieser Aspekt wurde kontrovers diskutiert, wohl wissend, dass nicht nur menschliche Eitelkeiten ein großes Hindernis darstellen, sondern auch die Lobby der (Flug)- Industrie eine große Rolle spiele.

Überwiegend Einigkeit bestand darin, dass eine gezielte Öffentlichkeitsarbeit wichtig ist, um globale Zusammenhänge offenzulegen. Diese gelte es breit zu streuen und zielgruppenspezifisch zur Bewusstseinsbildung aller Menschen einzusetzen. Nicht zuletzt gehe es darum, das Mitspracherecht indigener Gruppen zu respektieren und zu stärken.

Letztgenannter Punkt sowie eine differenzierte Betrachtung eines jeden einzelnen Falles von Landraub seien für sinnvolles Handeln nötig, merkte Cathy Nzimbu Mpanu-Mpanu-Plato an. Es gehe nicht um einen Rückzug aus Afrika, sondern um die gerechte Gestaltung von Anbau- und Einkaufsbedingungen.

Heiner Rudersdorf betonte, dass er sich vom Umzug von „Brot für die Welt“ nach Berlin (2012) einen höheren Einfluss der Organisation auf die Bundespolitik erhoffe.

Karen Neumeyer betonte abschließend, dass es „Brot für die Welt“ darauf ankomme, dass das Mitspracherecht der Zivilgesellschaft vor Ort gewahrt und verwirklicht wird.

Ergebnisse Workshop 3:

Menschenrechte sind auch Frauenrechte

Moderation: Dr. Amadou Siéno

Die Praxis weiblicher Genitalverstümmelung wurde von Barbara Brunnert-Bastian und Lisa Scheck, beide Terre des Femmes e. V., mit einem Film und einer Examensarbeit vorgestellt. Letztgenannte beleuchtete insbesondere die Situation in Südafrika und Tansania. Genitalverstümmelung ist in Tansania seit 2009 verboten und wird mit mehrjährigen Haftstrafen belegt, dennoch hält sich die Praxis hartnäckig. Tansania bildet damit keine Ausnahme. Obwohl Genitalverstümmelung das Menschenrecht auf körperliche Unver-

sehrheit verletzt und in den meisten Staaten eine Straftat darstellt, gilt sie in etlichen Ländern als kulturbedingt legitimiert und wird nicht strafrechtlich verfolgt. Nicht selten wird sie unter strenger Geheimhaltung im Verborgenen durchgeführt, selbst in Deutschland.

Als Mittel zum Beenden dieser Praxis wurden Abschreckung durch Strafe sowie Aufklärung und Bildung diskutiert. Für die Aufklärung besonders geeignet sind nach Ansicht der Workshop-Teilnehmenden Frauen aus dem Umfeld, in dem Genitalverstümmelung praktiziert wird, insbesondere Betroffene. Gruppen- und Sprachzugehörigkeit bieten eine Art Vertrauensvorschuss, welcher Zugang zu Schlüsselpersonen – Entscheidungsträger wie etwa Dorfälteste – ermöglichen soll. Dieses Vertrauen solle genutzt werden, um Widerstände gegen den Verzicht auf Beschneidung auszuräumen.

Hingewiesen wurde auf die Bedeutung der Organisation in Selbsthilfegruppen wie Terre des Femmes e. V., die Kooperation mit einschlägigen Organisationen sowie den Informationsaustausch von Opfern und Beraterinnen in Netzwerken.

Thematisiert wurden auch Zwangsverheiratung und Polygamie, welche beide ebenfalls in Deutschland vorkommen, sowie das Dilemma, dass Zwangsehen in Deutschland anerkannt werden.

Schließlich stellte Rachida Elmourahik den Verein Von Frau zu Frau e. V. vor, der auf politischer Ebene und im Internet Aufklärungsarbeit zu Frauenrechten leistet **(zu Kooperationsmöglichkeiten und Angeboten siehe: info@von-frau-zu-frau.eu).**

Die Anwesenden formulierten abschließend folgende Anliegen:

- Zugewanderte sollen hierzulande zu Experten ausgebildet werden (für sensibilisierende Schulungen und zur Supervision von Opfern in Deutschland).
- Frauenrechte sollen Unterrichtsthema an Schulen werden.

- Betroffene sollen langfristig begleitet werden, ihr Selbstbewusstsein soll gestärkt werden.

- Es ist mehr politisches Engagement von Frauen erforderlich, um dem Thema Frauenrechte Öffentlichkeit und Wirkungskraft zu verschaffen.

- Frauenrechte sollen beim nächsten Stuttgarter Fachtag erneut diskutiert werden.

Plenum

Moderation: Paulino Miguel, Forum der Kulturen Stuttgart e. V.

Zusammenfassung und künftige Arbeitsschritte – Herausforderungen für eine Kultur der Menschenrechte

Anliegen des Fachtags waren, Menschenrechte ins Zentrum der allgemeinen Aufmerksamkeit zu rücken, Handlungsbedarf und Herausforderungen der Menschenrechtsarbeit zu formulieren sowie Interventionsmöglichkeiten und Kooperationsmöglichkeiten für diese zu erörtern.

Einigkeit herrschte unter den Teilnehmenden der Tagung darüber, dass die Aufklärung über Menschenrechte und Menschenrechtspolitik sowie die Sensibilisierung dafür zu verstärken sind.

Trotz verschiedener Themenschwerpunkte und gewichtungen sind Kooperation und Vernetzung staatlicher und nicht-staatlicher Einrichtungen sinnvoll und wichtig, um Informationen auszutauschen, gemeinsame Lobbyarbeit zu betreiben und Standards (Beratungs-, Dokumentations-, Handlungs-) zu entwickeln. Stärker eingebunden werden könnten Zielgruppenorganisationen, Anwaltschaft und Forschung.

Die Bereitstellung von Ressourcen ist für den flächendeckenden Strukturausbau sowie für die inhaltliche Arbeit unerlässlich. Dafür braucht es politischen Willen. Hinsichtlich der Funktion der Zivilgesellschaft ging von der Tagung ein wichtiges Signal aus, welches Paulino Miguel abschließend folgendermaßen zusammenfasste:

„Menschenrechtsarbeit ist nötig. Alle Menschen sind Akteure und somit für das Geschehen auf der Welt verantwortlich.“

Meilensteine der „Stuttgarter Partnerschaft Eine Welt“

November 2012

Achte thematische Veranstaltung im Rahmen der Stuttgarter Partnerschaft Eine Welt zum Thema „Entwicklungszusammenarbeit und Migration – Kooperation und Netzwerkbildung: Potentiale, Probleme, Perspektiven. Veranstalter sind die Landeshauptstadt Stuttgart, das Forum der Kulturen und das Land Baden-Württemberg.

Oktober 2012

Feierliche Eröffnung der Stuttgarter Außenstelle von ENGAGEMENT GLOBAL, der Durchführungsorganisation des Bundes für bürgerschaftliches und kommunales Engagement in der Entwicklungszusammenarbeit.

September 2012

Abschlussveranstaltung des Projektes „Welt: Bürger gefragt!“ mit Übergabe der überarbeiteten entwicklungspolitischen Leitlinien und Handlungsvorschläge an die Landesregierung im Landtag Baden-Württembergs. Das Projekt wurde von der Landesregierung Baden-Württemberg initiiert. Es fanden Bürgerkonferenzen, überregionale Themengespräche und Fachbeiratsitzungen statt.

September 2012

Teilnahme der Amtsleiter des Amtes für Umweltschutz und des Amtes für Stadtplanung und Stadterneuerung an einer Tagung des EU-Projekts INTEGRATION mit öffentlichem Seminar in Mexiko.

September 2012

In Neapel findet das sechste World Urban Forum zum Thema „The Urban Future“ statt. Oberbürgermeister Dr. Schuster nimmt in seinen Funktionen als Präsident des Council of European Municipalities and Regions (CEMR) sowie Vizepräsident Europa des United Cities and Local Governments (UCLG) und Bürgermeisterin Fezer in ihrer Funktion als Vizepräsidentin des RGRE Ausschusses für Kommunale Entwicklungszusammenarbeit teil. Der Stuttgarter Stadtjugendring stellt am deutschen Stand das Projekt „Jugendforum Menzel Bourguiba“ vor.

April 2012

Erste Sitzung des Rates der Gemeinden und Regionen Europas (RGRE) Ausschusses für Kommunale Entwicklungszusammenarbeit zum Thema „Nutzen der kommunalen Entwicklungszusammenarbeit für Kommunen“,

in der Bürgermeisterin Fezer zur stellvertretenden Vorsitzenden gewählt wird.

April 2012

Bürgermeisterin Fezer nimmt an der Annual Conference des EU-Projekts PLATFORMA III teil. Die Landeshauptstadt Stuttgart ist Partner, der Konsortialführer ist der CEMR.

April 2012

Aufenthalt einer Delegation lateinamerikanischer Bürgermeister in Stuttgart im Rahmen des Deutschlandseminars. Es finden Fachgespräche zu den Themen Sozialpolitik, Gemeindefinanzen und Bauen statt.

März 2012

Besuch einer Delegation von vietnamesischen Finanzministern auf Vermittlung der GIZ mit fachlichem Vortrag der Stadtkämmerei zum Stadthaushalt und Besichtigung des Rechnungsprüfungsamts.

Dezember 2011

Siebte thematische Veranstaltung im Stuttgarter Rathaus unter dem Titel „Migration und Entwicklungszusammenarbeit: Migranten und Menschenrechte“. Veranstalter sind die Landeshauptstadt Stuttgart und das Forum der Kulturen.

September bis Dezember 2011

Dritte Teilnahme der Landeshauptstadt Stuttgart an der Initiative „Meine Welt. Deine Welt. Eine Welt 2011“ der Stiftung Entwicklung-Zusammenarbeit Baden-Württembergs, an der sich über 100 Kommunen Baden-Württembergs beteiligen.

September 2011

Terre des hommes OPEN 2011 unter dem Thema „Zurück zu den Wurzeln“ zum zweiten Mal in Stuttgart.

Juli 2011

Literaturaustausch junger Schriftsteller im Rahmen der Entwicklungspartnerschaft mit Bogotá, Kolumbien.

Mai 2011

Treffen zwischen der Landeshauptstadt Stuttgart und der GIZ. Themen sind unter anderem die Internationale Akademie für lokale und regionale Entwicklung und die Kooperationsvereinbarung der Landeshauptstadt Stuttgart mit der GIZ. Teilnehmer sind unter anderen Oberbürgermeister Dr. Schuster und Dr. Beier, stellvertretender Vorstandssprecher der GIZ.

April 2011

Die Branddirektion der Stadt Stuttgart nimmt an einem deutsch-russischen Symposium zur Notfall- und Katastrophenmedizin in Krasnodar teil. Ziel ist der Erfahrungsaustausch über die Planung und Organisation der WM 2006 in Stuttgart und der WM 2010 in Südafrika zur Vorbereitung der Olympischen Winterspiele 2014 in Sotschi.

März 2011

Der Stuttgarter Stadtbezirk Degerloch wird als erster Stuttgarter Stadtbezirk mit dem Siegel „Fair Trade Stadtbezirk“ ausgezeichnet. Auch die Stadtteile Bad Cannstatt, Botnang, Feuerbach, Münster, Vaihingen und West tragen mittlerweile das Siegel. Ziel ist es, aus der Landeshauptstadt Stuttgart eine „Fair Trade Stadt“ zu machen. Federführend in diesem Bereich arbeitet das Referat Allgemeine Verwaltung und Krankenhäuser.

Oktober 2010

Hospitation zweier äthiopischer Umweltexperten (NGO und staatliche Umweltbehörde) im Rahmen des Projekts „Megacities“ beim Stuttgarter „Verband zur Förderung angepasster, sozial- und umweltverträglicher Technologien e. V.“ Der Aufenthalt sieht auch einen dreitägigen Informationsbesuch bei der Abfallwirtschaft Stuttgart vor.

September 2010

Sechste thematische Veranstaltung „Im Aufbruch? Indigene Völker in Lateinamerika“. Wie geht es heute den Nachkommen der Bevölkerungsgruppen, die bereits vor der Ankunft der Europäer in Lateinamerika siedelten?

Juli 2010

Unter dem Titel „Better Mobility – Better Cities“ findet der Cities for Mobility Weltkongress in Stuttgart statt. Als Ergebnisse werden vor allem die Bedeutung des Radfahrens, des zu Fuß Gehens und der Schaffung von Fahrradstellplätzen als „Zeichen der Akzeptanz“ festgehalten. Laut niederländischen Mobilitätsexperten müssen Städte besonders in diesen Bereichen investieren, um die Bedingungen für Radfahrer und Fußgänger zu verbessern.

April 2010

Fünfte thematische Veranstaltung „Stuttgarter Migranten – Akteure und Partner in der Entwicklungspolitischen Bildungsarbeit“ im Stuttgarter Rathaus. Veranstalter sind die Landeshauptstadt Stuttgart und das Forum der Kulturen e. V.

März 2010

In Rio de Janeiro findet das fünfte World Urban Forum statt mit dem Thema „The Right to the City: Bridging

the Urban Divide“. Das Amt für Umweltschutz stellt dort am deutschen Stand das Projekt INTEGRATION vor.

Oktober 2009

Eine kolumbianische Delegation aus Bogotá kommt im Rahmen der Entwicklungspartnerschaft (Stuttgart – Bogotá) in die Landeshauptstadt. Zu den bisherigen Schwerpunkten (Stadtplanung, Altlastensanierung etc.) sollen auf Wunsch des Oberbürgermeisters von Bogotá Kulturaustausch und Mobilität hinzukommen.

Oktober 2009

45 serbische Kommunalvertreter besuchen Stuttgart anlässlich einer GTZ-Studienreise. Das Projekt „Stärkung der kommunalen Selbstverwaltung“ soll die serbischen Gemeinden bei der Planung ihrer Infrastruktur in den Bereichen Wasser, Abfall und Energie unterstützen.

September 2009

Konferenz „Non-State Actors and Local Authorities in Development Cooperation“ im Stuttgarter Rathaus (im Rahmen des gleichnamigen EU-Programmes).

Mai 2009

Ein Mitarbeiter der Stuttgarter Branddirektion reist zum fünften Mal nach Südafrika, um Feuerwehr- und Rettungsdienste der neun Austragungsorte der Fußballweltmeisterschaft 2010 zu begutachten.

März 2009

Die Landeshauptstadt nimmt am Afrika-Kongress der SEZ teil.

März 2009

Eine Stuttgarter Delegation reist im Rahmen des EU-Projektes „Urbal III INTEGRATION“ nach Bogotá.

Februar 2009

Vierte thematische Veranstaltung „Stuttgarter Migranten – Potenzial für die Eine Welt“ im Stuttgarter Rathaus. Veranstalter sind die Landeshauptstadt Stuttgart und das Forum der Kulturen e. V.

Februar 2008

Delegationsreise in die Partnerstadt Mumbai (Indien) mit Besuch von verschiedenen Projekten zur Gemeinwesenentwicklung. Bericht und Diskussion einer Mitarbeiterin des Amtes für öffentliche Ordnung bei einem Workshop mit Verantwortlichen für die Fußballweltmeisterschaft 2010 in Durban (Südafrika).

Januar 2008

Beratungseinsatz eines Mitarbeiters der Stuttgarter Branddirektion in Südafrika für eine Sachstandsanalyse in den Bereichen Feuerwehr- und Rettungsdienst sowie Katastrophen- und Zivilschutz zur Unterstützung der Vorbereitungen für die Fußballweltmeisterschaft 2010.

November 2007

Städtepartnerschaftstreffen 2007 mit dem Thema „Stuttgarter Städtepartnerschaften – Zusammenarbeiten für die Eine Welt“.

September 2007

Dritte thematische Veranstaltung „Stuttgarter Krankenhäuser – Aktiv für die Eine Welt“ im Stuttgarter Rathaus. Veranstalter sind die GTZ, die Landeshauptstadt Stuttgart und der Verband der Krankenhäuser in Stuttgart e. V.

August 2007

Dreitägige GTZ-Fachtagung „Wandel kommunaler Entscheidungs- und Aushandlungsprozesse: Einflussfaktoren und Handlungsmöglichkeiten“ mit Teilnehmern aus mehr als 30 Ländern im Stuttgarter Rathaus.

August 2007

Vorträge von Oberbürgermeister Dr. Wolfgang Schuster über die kommunale Selbstverwaltung in Kambodscha und Vietnam und Besuch der Büros der GTZ und der Konrad-Adenauer-Stiftung in Vietnam.

Juli 2007

Zweite thematische Veranstaltung „Stuttgarter Wissenschaften – Lösungen für die Eine Welt“ im Schloss der Universität Hohenheim. Veranstalter sind die GTZ, die Landeshauptstadt Stuttgart und die Universität Hohenheim.

Juni 2007

Jahreskongress „Cities for Mobility“ im Stuttgarter Rathaus mit Teilnehmern aus Entwicklungsländern und Workshops zu Fragen der globalen Vernetzung, der Nachhaltigkeit und der Gerechtigkeit von Mobilität.

Mai 2007

Delegation des Stuttgarter Eigenbetriebs Abfallwirtschaft diskutiert und entwickelt mit der Stadtverwaltung von Menzel Bourguiba, Tunesien, Optionen für die Beseitigung der wilden Müllkippen in der Stuttgarter Partnerstadt. Die Delegation wird unterstützt vom GTZ-Umweltprogramm in Tunesien und von der Deutschen Botschaft.

Januar 2007

Kick-off-Workshop des Projekts „Südafrika 2010 – Deutschland 2006 – Kompetenz und Stärkung kommunaler Zusammenarbeit und Entwicklung“. Begegnung von Jugendmultiplikatoren in Kairo im Rahmen des Projekts „Kulturdialog und Ausbildung von Jugendpromotor/innen in Armutsvierteln in Kairo“.

Oktober 2006 bis Oktober 2007

Informationsbesuche von hochrangigen GTZ-Delegationen aus Serbien, Nicaragua, Brasilien, Angola und Georgien im Stuttgarter Rathaus. Empfang durch die Bürgermeister und Fachvorträge zu kommunalen Themen.

September 2006

Präsentation der GTZ-Fotoausstellung „Natur und Kultur“ im Stuttgarter Rathaus und Organisation eines Informationsganges zwischen Rathaus und Schlossplatz aus Anlass der MDG-Tore-Ausstellung in der Landeshauptstadt. Eröffnung der Aktionswoche gegen globale Armut und Installation von acht Toren (MDG-Tore), die die Millenniumsentwicklungsziele symbolisieren. Veranstalter sind die Landeshauptstadt Stuttgart und der Dachverband Entwicklungspolitik Baden-Württemberg e. V. (DEAB).

September 2006

Entsendung einer GTZ-Mitarbeiterin in das Stuttgarter Rathaus.

Juli 2006

Erste thematische Veranstaltung „Wirtschaft und Entwicklung – Zusammenarbeit“. Veranstalter sind die Landeshauptstadt Stuttgart und die Industrie- und Handelskammer (IHK) Region Stuttgart.

März 2006

Start des Kooperationsprojekts. Vortrag von Oberbürgermeister Dr. Wolfgang Schuster „Kommunale Entwicklungszusammenarbeit“ im Europabüro der baden-württembergischen Kommunen in Brüssel.

Februar 2006

Teilnahme von Oberbürgermeister Dr. Wolfgang Schuster an einer Sitzung des Exekutivbüros des UCLG (United Cities and Local Governments) in Washington mit Gesprächen beim Exekutivdirektor für Deutschland der Weltbank.

Dezember 2005

Unterzeichnung der Kooperationsvereinbarung zwischen der Landeshauptstadt Stuttgart und der GTZ; der Vertrag tritt am 1. Januar 2006 in Kraft und endet am 31. Dezember 2010.

September 2005

Oberbürgermeister Dr. Wolfgang Schuster stellt die „Stuttgarter Partnerschaft Eine Welt“ dem damaligen UN-Generalsekretär Kofi Annan in New York vor.

Juli 2005

Auftaktveranstaltung der „Stuttgarter Partnerschaft Eine Welt“ am 22. Juli 2005 im Stuttgarter Rathaus.

Juli 2005

Gründung der „Stuttgarter Partnerschaft Eine Welt“ unter der Schirmherrschaft von Stuttgarts Oberbürgermeister Dr. Wolfgang Schuster. Das Netzwerk hat heute über 170 Mitglieder.

Das Forum der Kulturen Stuttgart e. V.

Dachverband der Stuttgarter Migrantenvereine und Träger des Projektes „Migration, Diaspora und Entwicklungspolitik“

Das Forum der Kulturen Stuttgart e. V. wurde 1998 von Stuttgarter Migrantenvereinen als deren Dachverband und Interkulturbüro gegründet. Das Forum der Kulturen unterstützt, berät und qualifiziert über 200 Migrantenvereine, gibt monatlich die Zeitschrift „Begegnung der Kulturen – Interkultur in Stuttgart“ heraus und veranstaltet verschiedene interkulturelle Festivals und Themenreihen (www.forum-der-kulturen.de).

Seit 2007 existiert die Projektstelle „Migration und Entwicklungspolitik“: Mit verschiedenen Maßnahmen der Beratung, Qualifizierung und Vernetzung sollen die Potenziale entwicklungspolitisch interessierter Migrantinnen und Migranten, insbesondere deren Vereine, gefördert und gestärkt werden. Dabei geht es auch um eine nachhaltigere und zielgenauere Gestaltung des entwicklungspolitischen Engagements dieser Migrantengruppen, um die Förderung einer effektiveren Zusammenarbeit entwicklungspolitisch engagierter Migrantinnen und Migranten mit staatlichen, privaten und kirchlichen Akteuren der Entwicklungszusammenarbeit sowie um deren Qualifizierung als Multiplikatoren auf dem Gebiet der entwicklungspolitischen Bildungsarbeit. Die derzeitigen Schwerpunkte in der Arbeit der Projektstelle liegen bei der

- Beratung bei der Planung ihrer entwicklungspolitischen Projekte
- Unterstützung bei der Suche nach passenden Förderern für ihre Projekte
- Beratung bei ihrer Öffentlichkeitsarbeit zu entwicklungspolitischen Zwecken.

Herzstück des Projektes ist der „Arbeitskreis Migration und Entwicklungspolitik“. Er trifft sich alle zwei Monate

und besteht aus entwicklungspolitisch aktiven und am Thema interessierten Migranten(-Vereinen) aus Stuttgart und der Region. In dem Arbeitskreis werden regelmäßig entwicklungspolitische Themen behandelt – vorbereitet und durchgeführt von sachkundigen Referentinnen und Referenten sowie in enger Zusammenarbeit mit den entwicklungspolitischen Partnern vor Ort. Der Arbeitskreis bietet auch Raum für allgemeinen Erfahrungsaustausch und entwicklungspolitische Diskussionen.

Um die Öffentlichkeitsarbeit der Migrantenvereine zu unterstützen, wird in der Zeitschrift „Interkultur Stuttgart“ über entwicklungspolitische Aktivitäten der Migrantenvereine berichtet. Auch das Sommerfestival der Kulturen dient als Plattform, auf der Migrantenvereine über ihr entwicklungspolitisches Engagement informieren können.

Beraten und begleitet wird das Projekt durch einen Beirat von Fachleuten aus der entwicklungspolitischen Arbeit*.

* Im Fachbeirat sind derzeit aktiv vertreten: Stadt Stuttgart, Stabsabteilung für Integrationspolitik, Stabsabteilung für europäische und internationale Angelegenheiten/Städtepartnerschaften, Forum der Kulturen Stuttgart e. V., Dachverband Entwicklungspolitik BW e. V. (DEAB), Ndwenga e. V., Ökumenische Diakonie/Abteilung Migration und Ökumene, forum für internationale entwicklung + planung e. V. (finep), Diakonisches Werk Württemberg, Fachleitung Migration, Zentrum für Entwicklungsbezogene Bildung (ZEB), Evangelische Landeskirche in Württemberg, Studienprogramm für Studierende aus Afrika, Asien und Lateinamerika (STUBE-BW), Landeszentrale für politische Bildung Baden-Württemberg, Brot für die Welt, GIZ, Regionales Zentrum Baden-Württemberg